Ressort: Gesundheit

Ärzte-Organisation sieht "besorgniserregende Militarisierung der Politik&q

Berlin, 29.04.2017, 05:00 Uhr

GDN - Vor dem Jahrestreffen der Organisation "Internationale Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges"(IPPNW) an diesem Wochenende in Berlin hat sich die Vorsitzende Susanne Grabenhorst tief besorgt über zunehmende Spannungen und die atomare Bedrohung in der Welt gezeigt: Insgesamt gebe es "eine besorgniserregende Militarisierung der Politik", sagte Grabenhorst der "Heilbronner Stimme" (Samstagsausgabe): "Die weltweiten Bedrohungen haben zugenommen. Die Konfrontation zwischen Nato und Russland, die Spannungen im Pazifik und die gegenseitigen Drohungen im Zusammenhang mit Nordkorea sind sehr beunruhigend, insbesondere weil überall Atomwaffen eine große Rolle spielen."

Scharfe Kritik äußerte Grabenhorst an der Bundesregierung: "Die Bundesregierung agiert aufgrund einer falschen - nämlich vorwiegend militärischen - Interpretation von `Verantwortung` wieder zunehmend kriegerisch in Konflikten." Die Rüstungsausgaben stiegen. Dabei, so Grabenhorst, würden die Erfahrungen und wissenschaftlichen Erkenntnisse über die Erfolglosigkeit des militärischen Strebens nach nachhaltiger Sicherheit ignoriert. Als Lichtblick bezeichnete sie, dass Ende März in einer ersten Runde etwa 130 Staaten über einen Atomwaffenverbotsvertrag verhandelt und die Abschaffung von Massenvernichtungswaffen gefordert hätten. Allerdings hätten Deutschland und andere Nato-Mitglieder die Konferenz boykottiert. Grabenhorst forderte die Bundesregierung nachdrücklich auf, sich an den diesjährigen Verhandlungen zu beteiligen: "Wir wenden uns gegen die atomare Eskalation, die das Überleben der Menschheit existenziell bedroht, und fordern die Bundesregierung auf, sich an den Verhandlungen über ein Atomwaffenverbot aktiv und konstruktiv zu beteiligen", sagte sie. Zudem müsse sie den Abzug der US-Atomwaffen aus Büchel durchzusetzen. Auf dem Jahrestreffen des IPPNW sollen die Mitglieder auch über eine sogenannte "Berliner Erklärung" entscheiden, in der die Ärzte für eine "Kultur des Friedens" eintreten.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-88683/aerzte-organisation-sieht-besorgniserregende-militarisierung-der-politik.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619